

10-58 B3.5.3 / B3.1

Interpellation Gaby Gossweiler, Valeria Rampone, Anna Hermann und Stefan Schneider betreffend Gesellschaftspolitische Strukturen für Dübendorf
Geschäfts-Nr. GR 267/2009

Am 14. Oktober 2009 ist folgende Interpellation von Gaby Gossweiler, Valeria Rampone, Anna Hermann und Stephan Schneider eingereicht worden:

„Gesellschaftspolitische Strukturen für Dübendorf“

Die gesellschaftlichen Strukturen haben sich in den vergangenen zwanzig Jahren stark verändert, neue Aspekte sind dazu gekommen, alte weggefallen. Diese Veränderungen sind auch in Dübendorf spürbar. Was sich nicht verändert hat, sind die diesbezüglichen Strukturen in Politik und Verwaltung. Um den heutigen Anforderungen gerecht zu werden und für die Zukunft gerüstet zu sein, braucht es eine klare Verantwortlichkeit im Themenbereich Gesellschaft, die Familien-, Jugend-, Alters-, Freiwilligenarbeits-, Vereins- und Integrationsbelange vernetzt und gegen aussen vertritt. Dübendorf ist in Bezug auf den Themenkreis "Gesellschaft" nicht oder nur ungenügend organisiert, hat diesbezüglich keinen direkten Ansprechpartner und entsprechende Publikationen (Informationen, Richtlinien) fehlen ganz.

Um den heutigen Anforderungen und den zukünftigen Veränderungen strukturell gewachsen zu sein, braucht Dübendorf innerhalb der Politik eine klar bezeichnete Person, die die Verantwortung für die "Gesellschaftlichen Belange" innehat und in der Verwaltung eine Stelle, die ein diesbezügliches Netzwerk verwaltet.

Immer mehr Aufgaben im Bereiche "Gesellschaftliche Belange" müssen interdisziplinär angegangen, die Angebote müssen vernetzt und transparent überprüft werden. Freiwilligenarbeit in allen Lebenslagen muss organisiert und gefördert werden (siehe Legislaturprogramm Stadtrat 2006 - 2010).

Diese Herausforderung im gesellschaftspolitischen Bereich kann nur angegangen werden, wenn entsprechende Strukturen in Politik und Verwaltung bestehen bzw. geschaffen werden und die Verantwortlichkeiten klar zugeteilt werden.

Fragen:

- 1. Ist sich der Stadtrat der fehlenden Strukturen im Bereich "Gesellschaftliche Belange" in Politik und Verwaltung der Stadt Dübendorf bewusst?
Wenn nein, wie definiert der Stadtrat die diesbezüglichen Strukturen in Dübendorf?*
- 2. Ist der Stadtrat bereit, in Bezug auf "Gesellschaftliche Belange" Strukturen zu schaffen, die auf strategischer wie auch operativer Ebene zielführend sind?
Wenn nein, bitte genaue Begründung der fehlenden Bereitschaft.*
- 3. Kann sich der Stadtrat eine Anpassung bzw. eine Erweiterung seines Geschäftsreglements um das Ressort "Gesellschaft" unter Einbezug einer Familien- und Integrationspolitik vorstellen? Wie würde seiner Meinung nach eine diesbezügliche Organisation aussehen?
Wenn nein, bitte genau Begründung der fehlenden Bereitschaft.*



Erwägungen

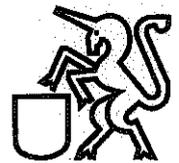
Die Interpellation gemäss Art. 51 der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist „eine Anfrage an den Stadtrat über einen in den Aufgabenkreis der Gemeinde fallenden Gegenstand.“ Die Interpellation wird vom Interpellanten mündlich begründet. Über die Begründung findet keine Diskussion statt. Die zuständige Behörde hat innert vier Monaten nach der Begründung schriftlich zu antworten.

Die Interpellation wurde an der Gemeinderatssitzung vom 2. November 2009 begründet.

Die Stadt Dübendorf verfügt in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen über etablierte, ausgewiesene Institutionen. Unter der politischen und strategischen Verantwortung des Stadtrates und der operativen Führung innerhalb der Verwaltung bewältigen sie weitgehend selbstständig und eigenverantwortlich ihre Aufgaben. Sie verfolgen die Trends und passen ihre Angebote und Strukturen entsprechend den gesellschaftlichen Entwicklungen an. Kürzlich wurde für die Integrationsproblematik in der Stadtverwaltung eine 30 %-Stelle geschaffen.

In jüngster Zeit ist in wenigen Zürcher Gemeinden im Rahmen der Revision der Gemeindeordnung das neue Ressort „Gesellschaft“ gebildet worden. In diesem werden die Themen Jugend, Familie und Alter vereinigt, oft kommen Bereiche wie Gesundheit, Vereine und Freizeit hinzu. Die Abklärungen im Internet haben folgendes Ergebnis gezeitigt:

Kein Ressort Gesellschaft	Ressort Gesellschaft	Kommission Gesellschaft
Adliswil Bülach Dietikon Illnau-Effretikon Kloten Opfikon-Glattbrugg Schlieren Uster Volketswil Wädenswil Wetzikon	<u>Gemeinde Wangen-Brüttisellen</u> Zugewiesene Aufgaben: – Vereine – Freizeit – Beratungsstellen – Jugend und Familie – 60+ – Gesundheit/Spitex – Friedhof/Bestattungen Verwaltung: keine spezielle Stelle/Abteilung geschaffen	<u>Gemeinde Dietlikon</u> Kommission für Jugend, Familie, Alter....
	<u>Gemeinde Wallisellen</u> Zugewiesene Aufgaben: – Jugend – Familie – Alter Verwaltung: Abteilung Gesellschaft geschaffen	

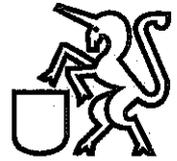


Dass mit der Schaffung eines Ressorts Gesellschaft auf Behördenebene gleichzeitig in der Verwaltung die personellen Ressourcen bereitgestellt werden, kommt selten vor. Die Gemeinden beschränken sich in der Regel auf das Zusammenfassen von bestehenden Institutionen und Aufgaben in diesem Ressort. Da das Ressort „Gesellschaft“ eine Querschnittsaufgabe ist, sind trotz der Zusammenfassung von Aufgaben und Tätigkeiten unter einem Dach zahlreiche andere Ressorts immer wieder zur Mitarbeit aufgefordert.

Analyse Ressort Gesellschaft

Eine kurze Analyse über die Bildung eines Ressorts „Gesellschaft“ zeigt folgendes Bild:

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> - Thematische Übersicht - Interdisziplinäre Gesamtschau möglich - Eine Verantwortung für die gesellschaftlichen Themen, Koordination im Alltag 	<ul style="list-style-type: none"> - Abgrenzung zu anderen Ressorts problematisch - Begriffliche Beschreibung „Gesellschaft“ ist je nach Interessen unterschiedlich und oft nicht klar genug - der Begriff „Familie“ kann nicht mit politischen Inhalten gefüllt werden (vgl. beispielhaft Wallisellen) - Verlängerung der Kommunikations- und Entscheidungswege - Kostenintensiv durch Schaffung neuer Verwaltungsstellen, mind. einer neuen Führungsfunktion - Gefahr, dass vermehrt Kommissionen und Arbeitsgruppen gebildet werden - Erhöhter interner Koordinationsbedarf - Fachlichkeit ist nicht sichergestellt - Schwächung bestehender Institutionen durch neue politische und verwaltungsinterne Vorgesetzte - nur begrenzter Einfluss auf externe Dienstleister - Eine Verwaltungsreform wäre fällig - Bindung politischer Ressourcen, d.h. insbes. Ressourcen des Stadtrates
Nutzen	Gefahren
<ul style="list-style-type: none"> - Eine Anlaufstelle in Politik und Verwaltung für Parlament und Bevölkerung - Eine Verantwortung für Visionen und Strategien und deren Umsetzung - Angebote werden sichtbar gemacht 	<ul style="list-style-type: none"> - Aufblähung der Verwaltung mit neuen Stellen und Hierarchien (vgl. Wallisellen) - Extensivierung des Aufgabenfeldes durch Aktivitäten, welche auch in der Politik Ressourcen binden - Doppelspurigkeiten von Aktivitäten, da sehr vieles durch Fachspezialisten und Institutionen abgedeckt ist, welche eigene Ideologien, Strategien, Konzepte, Projekte verfolgen



	<ul style="list-style-type: none">- Vernetzung der Angebote ist nur begrenzt möglich, da viele Institutionen selbstständig arbeiten → Gefahr der Überbewertung des Nutzens- Bestehende Vernetzungen werden aufgebrochen und müssen neu aufgebaut werden
--	--

Organisation des Themas "Gesellschaft"

Es gibt konkret drei Ansätze, um politisch wie verwaltungstechnisch dem Anliegen der Interpellanten gerecht zu werden:

1. Es wird auf die Bildung des Ressorts „Gesellschaft“ verzichtet. Die bestehenden Einrichtungen, Organisationen und Institutionen werden gestärkt und arbeiten interdisziplinär in Projektorganisationen zusammen.
2. Es wird ein Ressort „Gesellschaft“ gebildet, welches in der Gemeindeordnung zu verankern ist. In der Verwaltung wird keine Leitungsstelle oder höchstens eine Stabsstelle geschaffen.
3. Es wird ein Ressort „Gesellschaft“ und in der Verwaltung eine neue Abteilung „Gesellschaft“ gebildet.

Strategie des Stadtrates

Der Stadtrat bekennt sich klar zur ersten, bis heute bewährten Lösung und Fortführung der Arbeit der bestehenden Institutionen. Mit der Stärkung der kantonalen und kommunalen Einrichtungen und Institutionen werden nachhaltige, fachlich hochstehende Leistungen erbracht. Gesellschaftliche Themen gehören nicht zum Tagesgeschäft. Vielmehr sind sie in interdisziplinären Projekten mit klaren Zielsetzungen anzugehen. Die erarbeiteten Erkenntnisse und definierten Handlungsfelder sind den geeigneten Fachstellen zur Bearbeitung zuzuweisen. Auf diesem Wege werden die knappen finanziellen und personellen Mittel gezielt und effizient eingesetzt. Einem Ressort „Gesellschaft“ hingegen kann kein klares Profil gegeben werden.

Zu berücksichtigen ist, dass in der Familienphase viele Probleme über die Schule gelöst werden. Sonderschulungen, psychologische Betreuung, Schulsozialarbeit und weitere Fachstellen kümmern sich während dieser Zeit um Probleme, die weit ins familiäre Umfeld hineinwirken. Ebenso erfüllt das Jugendsekretariat des Bezirks unzählige Aufgaben in der Betreuung von Familien, sei es mit der Mütterberatung, der Schaffung und Begleitung von Angeboten in der Prävention oder von zahllosen Jugendprojekten, bei der Mitwirkung bei schwierigen familiären Situationen und vieles mehr. Hier kann die Stadtbehörde kaum Einfluss ausüben. Die Vernetzung dieser Angebote ist schon heute gewährleistet.

Die Bedürfnisse der Interpellanten können sinnvoll im Leitbild und in den Legislaturzielen der Behörde einfließen. Hier kann der Stadtrat aufzeigen, welche Visionen und Strategien er zur Bewältigung der anstehenden gesellschaftlichen Entwicklungen verfolgt und welche konkreten Handlungsanweisungen er daraus ableitet.



Nicht zu vergessen sind die Möglichkeiten des Internets, das Anbietende und Nachfragende zusammenführt. Für ihr konkretes Problem erhält die Interessentin eine gezielte Übersicht über die amtlichen, privaten und karitativen Stellen, die eine kompetente Unterstützung anbieten.

Nur mit einer Umstrukturierung der Stadtverwaltung könnte eine Abteilung „Gesellschaft“ implementiert werden. Es entstünden neue Hierarchien und Aufgabenzuweisungen. Bestens eingeführte und bewährte Strukturen würden zerschlagen und müssten neu aufgebaut werden. Die jährlichen Folgekosten beliefen sich auf mehrere hunderttausend Franken, wofür bei der laufenden Verzichtsplanung kein Spielraum besteht.

Der Nutzen eines Ressorts „Gesellschaft“ wird überschätzt. Zu viele spezifische und divergierende Probleme und Interessen müssten unter einem Dach vereint werden, was zu einem beträchtlichen Kommunikations-, Organisations- und Koordinationsaufwand bei hohen Kosten führte. Ein besseres Ergebnis wird aber gegenüber der heutigen Situation kaum erzielt.

Der Stadtrat beschliesst:

1. Die Interpellation von Gaby Gossweiler, Valeria Rampone, Anna Hermann und Stephan Schneider betreffend „Gesellschaftspolitische Strukturen“ für Dübendorf wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1

Der Stadtrat verfolgt aufmerksam die Trends im gesellschaftlichen Bereich. Die Bildung eines Ressorts „Gesellschaft“, wie es die Interpellanten zum Ziel haben, lehnt der Stadtrat aus vorgenannten Gründen bewusst ab. Ein zusätzlicher Nutzen gegenüber der heutigen Situation ist nicht ausgewiesen.

Die bestehenden privaten und öffentlichen Institutionen und Einrichtungen gewährleisten ein hohes Mass an fachkundigen Dienstleistungen. Diese gilt es zu stärken und wie bis anhin bei Bedarf in interdisziplinären Projektgruppen weiterzuentwickeln.

Zu Frage 2

Die Bildung eines Ressorts „Gesellschaft“ führt zu Verwässerungen von Geschäftsfeldern und Verantwortlichkeiten, wozu der Stadtrat nicht Hand bietet. Er ist nicht gewillt, in der Verwaltung auf Vorrat und ohne zusätzlichen Nutzen neue Stellen zu schaffen und eine Reorganisation durchzuführen. Es würden zu viele finanzielle Mittel gebunden, die in konkreten und nachhaltigen Projekten eingesetzt werden können.



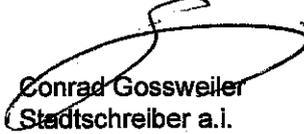
Zu Frage 3

Die Ressorts sind heute in Art. 40 der Gemeindeordnung festgeschrieben. Mit einer Änderung des Geschäftsreglements allein ist es deshalb nicht getan, vielmehr müsste die Gemeindeordnung in einer Urnenabstimmung geändert werden (Art 5 GO). Ausserdem ist die Verwaltungsorganisation betroffen, die eine kostenintensive Stellenplanerweiterung und Reorganisation zur Folge hätte. Deshalb ist die Schaffung eines Ressorts „Gesellschaft“ nicht opportun.

2. Mitteilungen durch Protokollauszug an
 - a. Gemeinderätin Gaby Gossweiler, Gfennstrasse 38, 8600 Dübendorf
 - b. Gemeinderätin Valeria Rampone, Alpenstrasse 35a, 8600 Dübendorf
 - c. Gemeinderätin Anna Hermann, Zwinggartenstrasse 30, 8600 Dübendorf
 - d. Gemeinderat Stephan Schneider, Grüzestrasse 34, 8600 Dübendorf
 - e. Mitglieder Gemeinderat
 - f. Mitglieder Stadtrat
 - g. Mitglieder Geschäftsleitung
 - h. Akten

Stadtrat Dübendorf


Lothar Ziörjen
Stadtpräsident


Conrad Gossweiler
Stadtschreiber a.i.